

## Antrag

der SPD-Fraktion  
der Fraktion DIE LINKE

### **Toleranz und Weltoffenheit erhalten – Rechtsextremismus bekämpfen**

#### **Der Landtag möge beschließen:**

1. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind mit einer offenen und demokratischen Gesellschaft unvereinbar. Wir stärken das tolerante Brandenburg, in dem Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus keinen Platz haben. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist weiterhin eine Aufgabe von herausragender Bedeutung für das Land Brandenburg.

Dazu ist es erforderlich, dass die Vertreter von Zivilgesellschaft, Politik, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden aber auch den anderen Institutionen und Organisationen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene eng zusammenarbeiten. Der Landtag unterstützt deswegen alle Anstrengungen, um Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Gewalt zu bekämpfen.

2. Der 1998 mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eingeschlagene Weg soll weiter beschritten und ausgebaut werden. Dazu gehört, dass das Handlungskonzept auch Handlungsanregungen zu aktuellen Fragen und Herausforderungen geben soll. Die erfolgreiche Beratungs- und Vernetzungsfunktion der Koordinierungsstelle des Toleranten Brandenburgs bleibt erhalten und kann beispielsweise bei der Ausgestaltung einer solidarischen und menschlichen Asyl- und Flüchtlingspolitik erfolgreich eingebracht werden.

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag jährlich zu der Plenarsitzung im Juni einen Bericht über die Umsetzung des Konzepts „Tolerantes Brandenburg“ vorzulegen, der Grundlage für eine Debatte ist. Dieser Bericht soll sich jeweils auf ein Schwerpunktthema konzentrieren.

3. Wir werden den Kampf gegen den Rechtsextremismus fortsetzen und die Mobilien Beratungsteams, die RAA (Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie), das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie den Verein „Opferperspektive“ auch zukünftig unterstützen.
4. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist nicht allein eine Sache des Landes Brandenburg. Zivilgesellschaftliches Engagement bedarf neben der Unterstützung des Landes auch der des Bundes und der kommunalen Strukturen. Der Landtag spricht sich deswegen nachdrücklich

dafür aus, dass die Bundesregierung auch in Zukunft konsequent rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalt in der Bundesrepublik bekämpft und entsprechende Vorhaben langfristig im Rahmen von Bundesprogrammen unterstützt.

### **Begründung:**

Das Land Brandenburg verfügt mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, den mobilen Beratungsteams, der RAA, dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, dem Landespräventionsrat, der Opferperspektive und vielfältigen kommunalen Initiativen seit Jahren über eine stabile Grundlage für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Brandenburg.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt ist ein wichtiges Ziel der politischen Arbeit des Landtags. So hat der Landtag in der vergangenen Legislaturperiode zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Kampf gegen rechtsradikale, rassistische und fremdenfeindliche Kräfte die Antirassismusklausel in die Landesverfassung aufgenommen. Darüber hinaus liegt eine wissenschaftliche Begutachtung des Konzepts vor, die perspektivische Handlungsempfehlungen aufzeigt. „Weder das neu gewählte Parlament noch die künftige Landesregierung haben Grund, sich zurückzulehnen. Nur mit dauerhaftem politischen und zivilgesellschaftlichen Einsatz kann es gelingen, die sich wandelnden Herausforderungen im Umgang mit Extremismus und Gewalt zu bewältigen und so die Erfolgsgeschichte eines toleranten Brandenburgs fortzuschreiben“, so der ehemalige Landtagspräsident Gunter Fritsch im Jahr 2014.

Weltoffenheit und Toleranz sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dazu ist es notwendig, die Vielzahl von Projekten und Maßnahmen zu fördern, die langfristig und in der Fläche die Akzeptanz rechtsextremistischer Bestrebungen nachhaltig zurückdrängen. Wir werden diese Vorhaben dauerhaft unterstützen. Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Gewalt kann dabei nur gelingen, wenn auch auf Bundesebene die entsprechenden Projekte und Maßnahmen langfristig gefördert werden.

Es hat sich bewährt, dass sich der Landtag nicht nur anlassbezogen, sondern kontinuierlich mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt beschäftigt.

An dieser bewährten Praxis soll festgehalten werden, indem die Landesregierung jeweils im Juni jeden Jahres einen Bericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ vorlegt, der Gegenstand einer Debatte im Landtagsplenum sein soll.

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion DIE LINKE

Klaus Ness  
Fraktionsvorsitzender

Ralf Christoffers  
Fraktionsvorsitzender